

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

105. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. Dezember 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Vorsitzende

Holger Astrup (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in Vertretung von Monika Heinold

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk

T a g e s o r d n u n g :	Seite
1. a) Antrag gemäß § 10 a LHO für das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein Vorlage des Innenministeriums Umdruck 14/2673	5
b) Modellvorhaben Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein; hier: Fortführung und Erweiterung der Flexibilisierung gemäß § 10 a LHO Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2715	
2. Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das III. Vierteljahr für das Haushaltsjahr 1998 - 0901-681 01, Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen - Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2674	6
3. Unterhaltsvorschuß Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/1056 - Fortsetzung der Beratung vom 15. Januar 1998 - FIN 64/9 -	7
4. Erstattung des Landes zu den Jugendhilfekosten Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1295	9
5. Einkommens- und Vermögensentwicklung in Schleswig-Holstein Landtagsbeschluß vom 19. Februar 1998 Drucksache 14/1234 Bericht der Landesregierung Drucksache 14/1602	10
6. Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/147	11
7. Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenwachsenden Europas Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1389	12
8. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes	13

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1643

- 9. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002** **14**
Drucksache 14/1628
- b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1590
- **Änderungsvorschläge des Landtagsdirektors**
Umdrucke 14/2583, 14/2750 und 14/2815
 - **Änderungsvorschlag des Landesrechnungshofs**
Umdruck 14/2758
 - **Erste und zweite Nachschiebeliste der Landesregierung**
Umdrucke 14/2587, 14/2682 und 14/2790
 - **Änderungsanträge**
 - von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdrucke 14/2786, 14/2813, 14/2816, 14/2819 und 14/2823
 - der CDU
Umdruck 14/2787
 - der F.D.P.
Umdrucke 14/2780 und 14/2789
 - des SSW
Umdruck 14/2785
- 10. Information/Kenntnisnahme** **16**
- 11. Verschiedenes** **17**

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende Herrn Uwe Döring als neuen Staatssekretär des Finanzministeriums.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Antrag gemäß § 10 a LHO für das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein

Vorlage des Innenministeriums
Umdruck 14/2673

**b) Modellvorhaben Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein;
hier: Fortführung und Erweiterung der Flexibilisierung gemäß
§ 10 a LHO**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2715

Nach kurzer Diskussion merkt Abg. Neugebauer an, er lege für die Zukunft Wert darauf, daß der Finanzausschuß darüber informiert wird, warum von den bestehenden Flexibilisierungsmöglichkeiten kein Gebrauch gemacht werde.

Auf eine Frage von P Dr. Korthals erklärt St Döring, ein genauer Termin, wann der Erfahrungsbericht über die Modellvorhaben Staatskanzlei, Forstverwaltung und Fachhochschule Westküste vorliegen werde, könne im Augenblick nicht genannt werden. Das Ministerium werde von sich aus auf das Thema zurückkommen.

Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von CDU und F.D.P. wird die erbetene Einwilligung erteilt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das
III. Vierteljahr für das Haushaltsjahr 1998
- 0901-681 01, Entschädigungen, Ersatzleistungen und Abfindungen -**
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie
Umdruck 14/2674

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Unterhaltsvorschuß

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/1056

(überwiesen am 11. Dezember 1997)

- Fortsetzung der Beratung vom 15. Januar 1998 - FIN 64/9 -

St Dr. Müller trägt den Vermerk über die Verbesserung des Rückgriffs im Rahmen der Durchführung des Unterhaltsvorschußgesetzes, Umdruck 14/2843, vor.

St Dr. Müller greift eine Bemerkung der Vorsitzenden auf und merkt an, daß nach genauer Prüfung des Ministeriums die Einstellung zusätzlichen Personals nicht zu höheren Rückgriffen führen werde. Bei seiner Prüfung sei das Ministerium auch der Frage nachgegangen, ob für das Land bessere Einnahmen zu erzielen seien, wenn die Kommunen an den Rückgriffen beteiligt werde, und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß sich ein derartiger Schritt verbiete, da er letztlich zu geringeren Einnahmen auf Landesseite führe, was ja schließlich nicht Sinn des Antrages sei.

MDgt Berger verneint die Frage des Abg. Kubicki, ob es Erkenntnisse über die Zahl der Strafverfahren gegen unterhaltsverpflichtete Väter gebe. Abg. Kubicki merkt in diesem Zusammenhang an, er vermöge nicht nachzuvollziehen, daß die öffentliche Hand nicht alle in Betracht kommenden Versuche unternehme, die ihr zustehenden Leistungen zu erhalten; schließlich gehe es um die Durchsetzung des Rechts und nicht um die Installierung eines Profitcenters. Auch Abg. Neugebauer äußert, er habe Interesse an Informationen über Erfahrungen mit Strafverfolgungsmaßnahmen.

Zur Frage des Abg. Neugebauer nach der Effektivität privater Inkassobüros merkt MDgt Berger an, daß eine Rückforderung nur dann geltend gemacht werden könne, wenn entsprechende Anträge vorlägen. Diese höchst komplexe und schwierige Arbeit sei von privaten Inkassobüros nicht zu leisten. Die Arbeit müsse nach wie vor von den Verwaltungen erbracht werden, ohne daß sie wissen, ob sie auch wirklich von Erfolg gekrönt sei.

Abg. Kubicki erklärt, ihn hätten die Ausführungen nicht überzeugt, und deshalb bitte er, dieses Thema in einer Sitzung im ersten Quartal 1999 erneut aufzurufen, damit er sich besser auf die

Diskussion vorbereiten könne. Die Vorsitzende gibt zu überlegen, daß sich zunächst der zuständige Sozialausschuß im Rahmen des Selbstbefassungsrechts mit den überhaupt zu Gebote stehenden Möglichkeiten der Erhöhung der Rückgriffsquote beschäftigt.

P Dr. Korthals berichtet, daß sich der Landesrechnungshof mit der Thematik beschäftigt habe, und schlägt vor, dieses Thema zunächst in der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" zu beraten. - Der Ausschuß beschließt im Sinne dieses Vorschlages.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Erstattung der Jugendhilfekosten durch das Land

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/1295

(überwiesen am 27. März 1998 an den Sozialausschuß, den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß)

St Dr. Müller berichtet, daß die Kommunen eine Studie in Auftrag gegeben hätten mit dem Ziel, in die Erstattung der Jugendhilfekosten soziale Kriterien einzubeziehen und der Verteilung der Jugendlichen auf Kreise und kreisfreie Städte gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang habe das Ministerium Überlegungen angestellt, wie den verschiedenen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden könne. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt vermöge sie allerdings nur zu berichten, daß das Ministerium an einer neuen Verordnung arbeite, die gegenüber dem jetzigen Stand gravierende Änderungen bringen werde. Dem Ministerium sei daran gelegen, die Kriterien in einer Weise zu gestalten, daß eine Vergleichbarkeit gegeben sei, und außerdem werde Wert darauf gelegt, die Berechnung für Außenstehende nachvollziehbar zu machen. Es werde für sinnvoll gehalten, für einen Zeitraum von etwa zwei bis drei Jahren eine Übergangsregelung vorzusehen, um die beiden Positionen einander angleichen zu können.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, die Beratung fortzusetzen, wenn die dargestellten Überlegungen abgeschlossen sind.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Einkommens- und Vermögensentwicklung in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 19. Februar 1998

Drucksache 14/1234

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1602

(überwiesen am 4. September 1998 zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/147

(überwiesen am 14. August 1996 an den Finanzausschuß und den Wirtschaftsausschuß)

Abg. Kubicki trägt vor, bei dem Bemühen nachzurechnen, wie sich der in diesem Ausschuß schon mehrfach diskutierte Erbschaftsteuerfall auf den Finanzausgleich auswirke, sei ihm aufgefallen, daß Schleswig-Holstein das einzige Küstenland sei, das nicht mit einem Hafen im Finanzausgleich berücksichtigt sei. Dies sei von der Logik her zunächst nicht einleuchtend, und deshalb stelle sich für ihn die Frage, ob die Einbeziehung des Lübecker Hafens in den Finanzausgleich für das Land nachteilig sei.

Die Vorsitzende teilt mit, der an der Beratung beteiligte Wirtschaftsausschuß habe beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, den Lübecker Hafen in die Verhandlungen über eine Neuordnung des Finanzausgleichs einzubeziehen, schlägt aber vor dem Hintergrund der Ausführungen des Abg. Kubicki vor, sich diesem Beschluß nicht ohne weiteres anzuschließen, sondern zunächst alle in Betracht kommenden Gesichtspunkte abzuarbeiten.

Abg. Kubicki empfiehlt, den 31. Dezember 1998 als Stichtag für die Neuberechnung vorzusehen. Abg. Stritzl macht darauf aufmerksam, daß der Antrag bereits vor zweieinhalb Jahren im Plenum beraten und den Ausschüssen überwiesen worden sei, und plädiert für eine zügige Bearbeitung.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenwachsenden Europas
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1389

(überwiesen am 26. März 1998 an den Finanzausschuß und den Europaausschuß)

Die Vorsitzende teilt mit, der Europaausschuß habe bereits in seiner Sitzung am 22. April den ihm zur Mitberatung überwiesenen Antrag behandelt und mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU beschlossen, dem federführenden Finanzausschuß die Annahme des Resolutionsantrages zu empfehlen.

St Döring bestätigt auf eine Frage des Abg. Kubicki, daß es auf Bundesebene in der Tat Überlegungen gebe, die Bundesländer an einer Sonderdotierung für das Saarland und die Freie Hansestadt Bremen zu beteiligen. M Möller befinde sich derzeit in Bonn, um diese Position abzuklären.

Abg. Neugebauer plädiert für eine Abstimmung über den Antrag und betont, daß seine Fraktion an einer Novellierung des Finanzausgleichs vom Jahr 2005 an großes Interesse habe. Abg. Stritzl erklärt, auch er halte den Finanzausgleich für novellierungsbedürftig, werbe allerdings für eine vernünftige Diskussion, in der sich der Finanzausschuß Klarheit über die Struktur des Finanzausgleichs vor dem Hintergrund der Änderungen in Deutschland und in Europa verschaffe. Abg. Kubicki spricht sich dafür aus, die Diskussion auf der Basis einer nachvollziehbaren Modellrechnung fortzuführen.

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden, die Beschlußfassung über den Antrag aus den im Verlauf der Diskussion dargestellten Gründe noch einmal zurückzustellen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1643

(überwiesen am 2. September 1998 an den Innen- und Rechtsausschuß und den
Finanzausschuß)

Die Vorsitzende verweist auf den Änderungsantrag der SPD, Umdruck 14/2774, und schlägt vor, die Beratung über den Gesetzentwurf im Zusammenhang mit der Beratung über den Haushaltsentwurf 1999 in der nächsten Sitzung am 11. Dezember fortzusetzen. - Der Ausschuß folgt diesem Vorschlag.

Punkt 9 der Tagesordnung:

a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002

Drucksache 14/1628

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

hierzu: Umdruck 14/2231

- Änderungsvorschläge des Landtagsdirektors
Umdrucke 14/2583, 14/2750 und 14/2815
- Änderungsvorschlag des Landesrechnungshofs
Umdruck 14/2758
- Erste und zweite Nachschiebeliste der Landesregierung
Umdrucke 14/2587, 14/2682 und 14/2790
- Änderungsanträge
 - von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Umdrucke 14/2786, 14/2813, 14/2816, 14/2819 und 14/2823
 - der CDU
Umdruck 14/2787
 - der F.D.P.
Umdrucke 14/2780 und 14/2789
 - des SSW
Umdruck 14/2785

Die Fraktionen tauschen ihre Anträge zum Haushaltsentwurf 1999 aus.

Abg. Stritzl und Abg. Kubicki erbitten eine Übersicht über die finanziellen Auswirkungen der gegenwärtig diskutierten Steuervorhaben auf den Landeshaushalt der kommenden Jahre.

Abg. Kubicki fragt, ob die dringend erforderliche Gebäudesanierung im Bereich der Polizei aufgrund der geänderten Daten zur Liegenschaftsübertragung auf die Investitionsbank nicht durchgeführt werden könne, und möchte wissen, wie sich dies auf die Vernetzung des IT-Verfahrens COMPAS auswirke.

Abg. Astrup gibt zu überlegen, künftig auf eine **Prüfung** der Verwendung der **Fraktionskostenzuschüsse** durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vor dem Hintergrund der Tatsache zu verzichten, daß der Landesrechnungshof diese Prüfung in regelmäßigen Abständen vornehme. P Dr. Korthals merkt an, daß dieser Vorschlag in der Vergangenheit vom Landesrechnungshof selbst schon einmal vorgetragen worden sei, und stellt heraus, es reiche völlig aus, die Verwendung der Fraktionskostenzuschüsse einmal in der Wahlperiode zu prüfen.

Die Entscheidung über den Haushaltsentwurf 1999 mitsamt den dazu vorgelegten Anträgen und den Änderungsvorschlägen soll in der nächsten Sitzung am 11. Dezember 1998 getroffen werden.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Der Ausschuß nimmt die folgenden Vorlagen zur Kenntnis:

Umdruck 14/2677 - Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
Umdruck 14/2723 - Budgetierung, Globalisierung, Flexibilisierung

Zu Umdruck 14/2527 - Liste der Berichte an den Landtag

Einstimmig spricht sich der Finanzausschuß dafür aus, daß die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Berichte auch künftig vorgelegt werden.

Zu Umdruck 14/2721 - Rationelle Grundwasserverwendung

Die Vorlage wird der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" zur weiteren Beratung überwiesen.

Zu Umdruck 14/2722 - Erledigung von Berichtswünschen - Epl 04

Abg. Kubicki bittet, die Vorlage zur Vorbereitung einer vertiefenden Diskussion zu präzisieren. - St Döring sagt zu, diesen Wunsch an das zuständige Ressort weiterzureichen.

Zu Umdruck 14/2730 - Modernisierungsprojekt „Budgetierung Epl 03“

P Dr. Korthals hält es für angebracht, daß derartige Berichte so zeitnah vorgelegt werden, daß noch ein steuerndes Eingreifen möglich sei. - Die Vorsitzende bittet daraufhin, für eine zeitnahe Vorlage derartiger Berichte Sorge zu tragen.

St Döring greift Bemerkungen der Abgeordneten Hentschel und Kubicki auf und stellt heraus, daß im Zusammenhang mit Produktdefinitionen durchaus Probleme bestehen. Auch in diesem Ausschuß sei eine intensive Diskussion darüber erforderlich, in welchem Umfang das bisherige Verfahren verändert werden solle und welcher politische Stellenwert dem Modernisierungsprojekt „Budgetierung“ zukomme.

Zu Umdruck 14/2734 - Änderung des Investitionsbankvertrages

Abg. Kubicki bittet, die in § 17 des Vertrags als „Anlage 3 beigefügte Wirtschaftlichkeitsberechnung“ nachzureichen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Die Vorlage des Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau zum Thema **„Förderung der Erholungsfürsorge im Haushaltsjahr 1998“** mit Datum vom 23. November 1998, Umdruck 14/2752, soll auf Vorschlag der Vorsitzenden in der Sitzung am 11. Dezember beraten werden, da sie den Mitgliedern des Finanzausschusses erst am gestrigen Tage habe zugestellt werden können.
- b) Die Vorsitzende teilt auf eine Frage des Abg. Neugebauer mit, sie gehe davon aus, demnächst den Programmentwurf des auf Anfang März 1999 in Speyer terminierten **Abgeordnetensymposiums** vorlegen zu können.
- c) Die Vorsitzende bittet die Fraktionen, bis spätestens Dienstag, den 8. Dezember, Änderungswünsche an dem Entwurf des **Sitzungskalenders des Finanzausschusses für das erste Halbjahr 1998** dem Geschäftsführer des Finanzausschusses mitzuteilen.
- d) In einer kurzen Diskussion wird die **Vielzahl der Ausschußsitzungen** und der zur Beratung anstehenden Themen angesprochen. Abg. Neugebauer spricht in diesem Zusammenhang erneut den **Zwei-Jahre-Haushalt** an, ein Projekt, das zur Entbürokratisierung beitrage, mehr Effizienz bewirke und den Abgeordneten einen ökonomischeren Umgang mit der zur Verfügung stehenden Zeit ermögliche. Die Vorsitzende meint, daß auch über die Gestaltung der Tagesordnung und die Beratung der einzelnen Themen gesprochen werden sollte, um nicht allein schon aus Zeitgründen politische Inhalte zu vernachlässigen.
- Abg. Kubicki merkt an, daß die Einführung eines Zwei-Jahre-Haushaltes nur bei einer Verstetigung der Finanzpolitik Sinn mache, da anderenfalls der damit erzielte Zeitgewinn durch die Beratung von Nachtragshaushalten wieder aufgezehrt werde.
- e) Abg. Stritzl spricht erneut den Antrag des Finanzministers auf **Einwilligung in die Veräußerung des Grundstücks an der Hummelwiese**, Drucksache 14/1241, an und erkundigt sich nach dem Stand der Dinge.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 12:30 Uhr.

gez. Kähler

Vorsitzende

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer